



50 Jahre Unabhängigkeit Algeriens: Anhaltende Menschenrechtsverletzungen



Memorandum der Gesellschaft für bedrohte Völker – März 2012

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Postfach 2024

D-37010 Göttingen

Telefon ++49 (0)551 49006-0

Fax ++49 (0)58028

info@gfbv.de

www.gfbv.de

Spendenkonto: 1909 – Sparkasse Göttingen – BLZ 26050001



Impressum:

Text und Redaktion: Amel Ouassa

Preis: 2,50 Euro

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im März 2012

50 Jahre Unabhängigkeit Algeriens: Anhaltende Menschenrechtsverletzungen

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	S. 4
2. Korruption, Vetternwirtschaft und Repression	S. 4
3. Arabisierung schürt Proteste	S. 5
4. Tod der Mönche von Tibherine	S. 7
5. General Mohamed Mediène und der Repressionsapparat des Geheimdienstes	S. 9
6. Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs	S. 11
7. Atomtests in der Sahara	S. 13
8. Forderungen der Gesellschaft für bedrohte Völker an die Regierung Algeriens	S. 15

1. Einleitung

Mit den Verträgen von Evian vom 18. März 1962 fanden nicht nur 132 Jahre französischer Kolonialisierung ein Ende. Sie beendeten auch einen sechsjährigen Unabhängigkeitskrieg, der insgesamt über eine Million Todesopfer gefordert hatte.¹

Das bevorstehende 50. Jubiläum dieses historischen Ereignisses wird ein Anlass für öffentliche Feierlichkeiten sein. Zugleich bietet es aber auch eine Gelegenheit, die Entwicklung des unabhängigen Algeriens kritisch Revue passieren zu lassen, denn um die Lage der Menschenrechte in Algerien steht es schlecht.

2. Korruption, Vetternwirtschaft und Repression

Wie nahezu in allen arabischen Staaten leidet auch die algerische Bevölkerung unter hoher Arbeitslosigkeit und trostlosen Zukunftsaussichten.² Im Rentierstaat Algerien geht es allerdings nicht allen schlecht. Die politische Elite, die seit der Verstaatlichung der Erdölindustrie im Jahre 1971 einen unbegrenzten Zugang zu den Erträgen aus Erdgas- und Erdölexporten genießt, hebt sich von der breiten Masse der Mittellosen ab.³ Da Patronage und Klientelismus die gesellschaftliche Ordnung Algeriens bestimmen, leben die, die über die notwendigen Beziehungen verfügen, ebenfalls in Reichtum und Wohlstand. Vetternwirtschaft und Korruption bleiben nicht unbemerkt. 2011 lag Algeriens Corruption Perceptions Index (10 „sehr niedrig“ und 0 „sehr hoch“) bei einem Wert von 2.9: Die Korruption in Algerien wird als relativ hoch wahrgenommen.⁴ Die Frustration über diese sozialen Missstände macht sich durch eine beachtliche Zahl wiederkehrender Proteste bemerkbar. Allein im Jahr 2010 verzeichnete die Gendarmerie Nationale 11.500 landesweite Demonstrationen und Unruhen.⁵

Als es im vergangenen Jahr in mehreren Ländern der arabischen Welt zu Ausschreitungen kam, fanden auch in Algeriens Straßen öffentliche Proteste statt. Die

¹ Bennoune, Mahfoud (1988): The making of contemporary Algeria, 1830-1987. Colonial upheavals and post-independence development. Cambridge: Cambridge University Press. S. 89.

² Asseburg, Muriel; Werenfels, Isabelle (2011): Tunesien: Einzelfall oder erster Dominostein? Vergleichbare Probleme – Unterschiedliche Rahmenbedingungen. In: Stiftung Wissenschaft und Politik Aktuell 4. S. 2 f.

³ Rentierstaaten sind Staaten, deren Staatseinnahmen zum Großteil aus externen Renten bestehen, also aus Zuflüssen, die nicht von der nationalen Produktivität abhängig sind. Im Falle von Algerien handelt es sich bei den externen Renten hauptsächlich um die Erträge aus dem Erdöl- und Erdgasexport.

⁴ <http://cpi.transparency.org/cpi2011/press/>.

⁵ <http://www.theeuropean.de/rachid-ouaissa/7278-die-lage-in-algerien>.

Regierungsvertreter reagierten mit repressiven Maßnahmen: Die algerische Regierung sperrte in mehreren Städten, u.a. in den Großstädten Algier und Annaba den Zugang zu Internetanbietern und dem sozialen Netzwerk Facebook, um das Bekanntwerden von Versammlungsorten zu verhindern.⁶ Eine Demonstration, die am 12. Februar 2011 in den Straßen von Algier stattfinden sollte, wurde durch ein Aufgebot von bis zu 30.000 Bereitschaftspolizisten verhindert: Sie riegelten den Platz des 1. Mai im Zentrum von Algier ab. Als die schätzungsweise 2.000 Demonstranten die Absperrungen durchbrachen, um ihren Marsch in der Innenstadt fortzusetzen, gingen die Sicherheitskräfte mit Gewalt gegen sie vor. Hunderte Personen, darunter auch Oppositionspolitiker, wurden verhaftet.⁷ Die Grundrechte der Versammlungs- und Meinungsfreiheit wurden von den Staatsbeamten nicht geachtet.

Im Endeffekt zogen die Aufstände in Algerien, abgesehen von der offiziellen Aufhebung des seit 19 Jahren andauernden Ausnahmezustands, keine weitgehenden politischen Konsequenzen nach sich. Das algerische Regime hat seine vermeintliche Stabilität jedoch nicht nur seinem perfekt funktionierenden Repressionsapparat zu verdanken, sondern zu einem großen Teil auch seinen immensen Rentenreserven aus den Erdöl- und Erdgasexporten. Die Erträge hieraus betrugen allein im Jahr 2010 US-\$ 44,2 Milliarden.⁸ Mithilfe dieser Rente kann sich die Regierung bspw. durch die Subventionierung von Lebensmitteln, die Loyalität der breiten Bevölkerung sichern. So wurden etwa die Revolten Anfang des Jahres 2011 durch die Bezuschussung von Zucker und Speiseöl im Keim erstickt.⁹

3. Arabisierung schützt Proteste

Der Kampf der kabyllischen Minderheit um die Anerkennung ihrer kulturellen Identität begann in den 1920ern, in der Formationsphase des algerischen Widerstandes. Bereits dort wurde das Bild des arabischen, muslimischen Algeriers zum Kernelement des algerischen Nationalismus. Dieser Stereotyp bestand auch nach der Unabhängigkeit Algeriens fort. So wollte Boumedienne, der durch einen Putsch im Jahre 1965 Staatsoberhaupt wurde, durch seine „Kulturrevolution“ die Erfahrung der Kolonialzeit aus

⁶ <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/africaandindianocean/algeria/8320772/Algeria-tried-to-block-internet-and-Facebook-as-protest-mounted.html>.

⁷ <http://www.welt.de/politik/ausland/article12519889/Algerische-Polizisten-schlagen-Proteste-nieder.html>.

⁸ <http://www.ifandp.com/article/008954.html>.

⁹ Asseburg, Muriel; Werenfels, Isabelle (2011): Tunesien: Einzelfall oder erster Dominostein? Vergleichbare Probleme – Unterschiedliche Rahmenbedingungen. In: Stiftung Wissenschaft und Politik Aktuell 4. S. 3.

dem kollektiven Bewusstsein verbannen, indem er eine algerische Identität, die Identität des muslimischen Arabers, zu schaffen suchte. In diesem Zuge wurden auch das Bildungssystem und das Verkehrswesen arabisiert. Auch Boumediennes Nachfolger Chadli hielt an der Arabisierung fest.

Im April 1980 verboten die algerischen Behörden eine Konferenz des kabyllischen Schriftstellers Mouloud Mammeri. Infolgedessen demonstrierten die Studenten der Universität Tizi-Ouzou für Meinungsfreiheit und demokratische Freiheiten. Die nationalen Sicherheitskräfte (CNS) verriegelten die Studentenwohnheimsiedlung Hasnaoua und bedrohten, beschimpften und schlugen die Einwohner, um sie vom Stadtzentrum abzuschneiden. Auch in Algier fand eine Solidaritätskundgebung statt, wobei mehr als hundert Demonstranten verhaftet wurden. Nach einer Ansprache Chadlis, in der dieser die kabyllische Identität auf rassistische Weise leugnete, verschärfte sich die Lage. In Tizi-Ouzou gingen die staatlichen Sicherheitskräfte, ausgerüstet mit Schlagstöcken, Gewehren und Tränengas, gegen die Studenten vor. Es kam zu mehr als 400 Verletzten und mehr als 100 Verhaftungen. In den folgenden Tagen erhöhte sich die Zahl der Demonstranten und die CNS riegelten den Stadtkern komplett ab. In Presse und Fernsehen wurden die Kabylen diskreditiert.¹⁰

Am 18. April 2001 starb der 16-jährige Massinissa Guermah an Schussverletzungen, die ihm ein lokaler Gendarm zugefügt hatte. Anstatt den Verantwortlichen für den Tod des kabyllischen Schülers zur Rechenschaft zu ziehen, ließ der algerische Innenminister verlauten, dass es sich beim Toten um einen 26-jährigen Straffälligen gehandelt habe. Kurz darauf wurde in der Presse die Geburtsurkunde des Jungen veröffentlicht, was zu einer Reihe friedlicher Demonstrationen in der gesamten Kabylei führte. Vor allem Jugendliche waren daran beteiligt. Die Antwort der staatlichen Obrigkeit war brutal: CNS und Gendarmerie Nationale eröffneten das Feuer auf die Jugendlichen.¹¹ Insgesamt brachte es dieser „Printemps noir“ („Schwarzer Frühling“) zu einer traurigen Bilanz von 132 Toten und mehreren Tausenden Verletzten. Sie waren allesamt dem kompromisslosen Vorgehen der staatlichen Sicherheitskräfte zuzuschreiben, deren Machtmissbrauch bis heute noch ungeahndet bleibt. Bisher wurde niemand der

¹⁰ L'Etat algérien et la question amazighe: Rapport alternatif de Tamazgha au Comité des droits économiques, sociaux et culturels. S. 8f. (<http://www.tamazgha.fr/L-Algerie-un-Etat-anti-amazigh,2463.html>).

¹¹ Ligue Algérienne de Droits de l'Homme: Rapport Algérie: La Répression du Printemps noir. S. 2. (<http://tamazgha.fr/La-repression-du-Printemps-Noir-avril-2001-avril-2002,243.html>).

Verantwortlichen für die Ermordung der 132 Kabylen vor Gericht zur Rechenschaft gezogen.

Der Kampf um die Anerkennung der kabyllischen Kultur als Teil der algerischen Identität dauert an. Erschwert wird er durch die konstitutionelle Verankerung der rassistischen Idee des arabischen Algeriens. Zwar wird seit 2002 die Sprache Amazigh als nationale Sprache anerkannt, dennoch bleibt Arabisch die einzige offizielle Sprache Algeriens.¹²

4. Tod der Mönche von Tibherine

In der Nacht vom 26. auf den 27. März 1996 drangen bewaffnete, als Islamisten gekleidete Männer in das Kloster Notre-Dame de l'Atlas in Tibherine (Médéa) ein und entführten sieben französische Trappisten-Mönche. Lediglich die Brüder Amédée Noto und Jean-Pierre Schumarer blieben von den Eindringlingen unentdeckt.¹³ Am 26. April 1996 veröffentlichte die arabische Zeitung Al Hayat ein Kommuniqué von Djamel Zitouni, dem damaligen Kommandeur („Emir“) der Groupe Islamique Armé (GIA). In diesem Schreiben bekannte sich die islamistische Gruppierung zur Entführung und bot der französischen Regierung die Freilassung der Mönche im Austausch gegen einiger ihrer inhaftierten Mitglieder an. Am 21. Mai 1996 erschien ein weiteres Kommuniqué, in dem die GIA schließlich die Enthauptung der sieben Mönche verkündete, angeblich weil Frankreich keinen Verhandlungswillen gezeigt habe. Zehn Tage später gaben algerische Behörden den Fund der Leichen bekannt.¹⁴

Es gab von Anfang an einige Umstände, die die offizielle Version des Geschehens zweifelhaft erscheinen ließen. So ließ die lokale GIA aus Médéa bereits unmittelbar nach Bekanntwerden des Verbrechens in Tibherine Flugblätter aufhängen, auf denen sie die Entführung der Mönche und die Ermordung einiger ihrer Mitglieder, die in der gleichen Nacht stattgefunden hatte, verurteilte. Der lokale Emir Ali Benhadjar erzählte später, dass er Zitounis Anfrage, sich an der Entführung der Mönche zu beteiligen, abgelehnt habe. Außerdem hatte sein Vorgänger, Emir Sayia Attia, 1993 ein Abkommen mit den Mönchen geschlossen, worin die GIA den Mönchen ihren Schutz („aman“) zusicherte und die Mönche einwilligten, im Gegenzug dazu verletzte Islamisten medizinisch zu versorgen. So

¹² L'Etat algérien et la question amazighe: Rapport alternatif de Tamazgha au Comité des droits économiques, sociaux et culturels. S. 6.
(<http://www.tamazgha.fr/L-Algerie-un-Etat-anti-amazigh,2463.html>.)

¹³ http://www.famillechretienne.fr/societe/histoire/tibhirine-frere-jean-pierre-raconte-la-nuit-de-lenlevement_t7_s34_d57644.html.

¹⁴ <http://www.algeria-watch.org/de/artikel/strafverfahren.htm>.

wie sie im Unabhängigkeitskrieg die Widerstandskämpfer der FLN medizinisch versorgt hatten, so taten die Mönche während des Bürgerkriegs dasselbe sowohl für die Bewohner der Region als auch für die islamistischen Widerstandskämpfer. Bruder Jean-Pierre Schumarer ist sich sicher, dass die lokale GIA nicht an der Entführung seiner Ordensbrüder beteiligt gewesen sei.¹⁵

Auch verweigerten die algerischen Behörden von Anfang an jegliche Auskunft über die konkrete Todesursache der sieben Mönche. So wurde zunächst auch Vater Armand Veilleux, dem Abgesandten des Ordens, untersagt, die Leichname seiner Glaubensbrüder zu sehen, um zu verheimlichen, dass lediglich die Köpfe der Mönche gefunden wurden. Als seinem Anliegen schließlich doch stattgegeben wurde, bat ihn der französische Botschafter Michel Lévêque, Stillschweigen zu bewahren.¹⁶

Seltsamerweise ließ Frankreich im Anschluss an die Ermordung der sieben Geistlichen keine Ermittlungen einleiten. Erst im Jahre 2003 wurde erstmals von Angehörigen des ermordeten Mönchs Christophe Lebreton und von Vater Veilleux eine Klage beim Tribunal in Paris angestrengt, um Ermittlungen in dem Fall zu erzwingen. Der Prozess durchbrach die trügerische Stille, die sich in der französischen und in der algerischen Öffentlichkeit über den Tod der Mönche ausgebreitet hatte. Fortan häuften sich Enthüllungen über den tatsächlichen Ablauf der Ermordung der Mönche. Es meldeten sich u.a. Abdelkader Tigha und Karim Moulai aus dem Kreis des algerischen Geheimdienstes (DRS) zu Wort und erklärten den Grund für die Entführung der Mönche damit, dass das algerische Militär die einvernehmliche Beziehung zwischen den Geistlichen und den Islamisten nicht gut hieße. Nachdem alle Versuche, die Trappisten zur Ausreise zu bewegen, gescheitert waren, entschied der zweitmächtigste Mann des DRS, General Smaïl Lamari, diese durch eine inszenierte Entführung zu erzwingen. Geplant war, die Mönche von Islamisten, die der DRS infiltriert hatte, entführen zu lassen und diese schließlich in einem spektakulären Einsatz der Armee zu befreien, um sich dann vor der französischen Regierung profilieren zu können. Als die Ereignisse sich überschlugen und die Aktion zu scheitern drohte, befahl der DRS die Exekution der Mönche.¹⁷

¹⁵ http://www.algeria-watch.org/fr/article/just/moines/extraits_francalgerie.htm.

¹⁶ http://www.algeria-watch.org/fr/article/just/moines/extraits_francalgerie.htm.

¹⁷ http://www.algeria-watch.de/fr/aw/rivoire_itv.htm.

Am 26. März 2004 räumte der algerische Präsident Bouteflika bei einem Interview auf LCI ein, dass zum Tod der Mönche noch nicht die ganze Wahrheit gesagt worden sei. Damit distanzierte er sich von den Generälen, die zunehmend der Zusammenarbeit mit den Entführern beschuldigt wurden.¹⁸

Im Jahre 2009 entfachte die Aussage des französischen Generals François Buchwalter erneut die Spekulationen über die Ermordung der sieben Mönche aus Tibherine. General Buchwalter bezeugte, dass er kurz nach dem Tod der Trappisten vom tatsächlichen Geschehen erfahren habe. Demnach habe die algerische Luftwaffe im Mai 1996 ein Lager der Islamisten bombardiert und dabei versehentlich die Geistlichen getötet. Erfahren habe dies der ehemalige Militärattaché an der französischen Botschaft in Algier von einem algerischen Militärangehörigen, dessen Bruder an dem Bombardement beteiligt gewesen sei. Um keinen Verdacht aufkommen zu lassen, habe man die durchsiebten Körper der Leichen verschwinden lassen. Als Buchwalter daraufhin den Botschafter und den Generalstab der Armee davon in Kenntnis gesetzt habe, hätten diese nicht reagiert.¹⁹

Am 08. Dezember 2011 veröffentlichte die Internetseite Mediapart Dokumente des französischen Geheimdienstes (DGSE), welche die Aussagen von Buchwalter, Tigha und Moulaï bestätigen. In dem Bericht vom 04. Juni 1996 erwäge der DGSE die Möglichkeit, dass die algerische Regierung bewusst einige Informationen zum Ablauf des Geschehens verschwiegen haben könnte. Das Verschwinden der Körper der toten Geistlichen sei entweder dadurch zu erklären, dass die Islamisten diese auf ihrer Flucht nicht mitschleppen wollten oder aber dadurch, dass das Bombardement der algerischen Luftwaffe vertuscht werden sollte.²⁰ Ungeklärt bleibt weiterhin, inwiefern die französische Regierung in diese Vertuschung verwickelt ist.

5. General Mohamed Mediène und der Repressionsapparat des Geheimdienstes

Führende Vertreter des Geheimdienstes sind unmittelbar für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Als besonders problematisch gilt General Mohamed Lamine „Toufik“ Mediène, der Leiter des „Département du Renseignement et de la Sécurité“ (DRS).

¹⁸ http://www.algeria-watch.de/fr/aw/rivoire_itv.htm.

¹⁹ <http://www.sueddeutsche.de/politik/algerien-mord-an-moennen-wurde-islamisten-untergeschoben-1.83450>.

²⁰ http://www.tsa-algerie.com/divers/des-notes-des-services-secrets-francais-publiees_18503.html.

Geboren in 1939 in Guenzet in der kabyliischen Provinz Sétif, wuchs General Toufik in der Gegend von Algier auf. Einige Monate vor dem Ende des Unabhängigkeitskrieges, schloss er sich der Armée de Libération Nationale (ALN) an. Dank einer Ausbildung beim KGB und der Unterstützung der Mächtigen des damaligen Militärgeheimdienstes stieg Mediène in den folgenden Jahren in der Machthierarchie auf. 1990 wurde er Chef des DRS. 2004 trat der bis dahin stärkste Mann des Militärs, General Mohammed Lamari, plötzlich zurück. Als Nachfolger rückte Toufik in die Position auf. Seitdem ist der Chef des Geheimdienstes neben Präsident Bouteflika der mächtigste Mann Algeriens. Sein rechter Arm ist Smaïl Lamari, jener General, der in dringendem Verdacht steht, maßgeblich am Tod der sieben Mönche von Tibherine beteiligt gewesen zu sein.²¹

Toufiks Methoden der Machtkonsolidierung sind Manipulation und Repression, das Mittel zum Zweck ist „sein“ DRS. Er verfügt über geheime Haftzentren, in denen vermeintliche Terroristen monatelang ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt oder medizinischer Versorgung festgehalten werden. Nach eigener Aussage wurden die „Verdächtigen“ während der Gefangenschaft in diesen Haftzentren Opfer schlimmer Folter. Sie mussten Schläge und Elektroschocks ertragen, wurden an der Decke aufgehängt und außerdem gezwungen, dreckiges Wasser, Urin oder Chemikalien zu trinken.²²

Der Wirkungsbereich des DRS umfasst die gesamte Gesellschaft Algeriens. So kontrolliert General Toufik etwa auch die geistlichen Führer, die dann in seinem Interesse predigen und die Moscheen zur gesellschaftlichen Manipulation nutzen. Gleiches gilt für die oft als verhältnismäßig frei bezeichnete algerische Presse. Sie dient dem Geheimdienst als Mittel, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Zuständig dafür ist das „Centre de la Communication et de la Diffusion“ (CCD), das neben der klassischen Zensur jeglicher Medien auch für die Rekrutierung von in- und ausländischen Journalisten verantwortlich ist. Dies geschieht in Abhängigkeit von der Person, entweder durch Erpressung oder Anlocken, indem dem Journalisten vorgegaukelt wird, für seine spezifischen Wertvorstellungen einstehen zu können. Diejenigen, die dennoch eine Zusammenarbeit mit dem CCD ablehnen, müssen entweder das Land verlassen, mit dem Schreiben aufhören oder sogar mit ihrem Leben bezahlen.

²¹ <http://www.aljazeera.com/indepth/briefings/2010/09/201092582648347537.html>.

²² <http://www.amnesty-algerien.de/Main/Informieren-Land>.

Ein Beispiel dafür ist die Geschichte des kabyllischen Journalisten Tahar Djaout, der aufgrund seines Talents und seiner Popularität das Interesse des algerischen Geheimdienstes auf sich zog. Nachdem jegliche Versuche, ihn zu einer Kooperation zu bewegen scheiterten, ordnete Smaïl Lamari persönlich die Liquidierung des Intellektuellen an. Am 26. Mai 1993 wurde Djaout von den Todesschwadronen des DRS in seinem Auto erschossen. Die Straße wurde zuvor leer geräumt, damit es keine Zeugen geben konnte. Fünf Tage später erschien im Fernsehen ein offensichtlich gefolterter Mann, der sich zu dem Attentat bekannte. Man wollte der Öffentlichkeit glauben machen, dass Djaout nur ein weiteres Opfer der GIA gewesen sei. Djaout hatte jedoch nur einige Wochen vorher einer deutschen Journalistin ein Interview gegeben, in dem er auf die Frage, wer ihn denn töten wolle, gemeint hatte: „Wenn Sie von meinem Tod erfahren sollten, seien sie gewiss, dass General Toufik meine Exekution veranlasst hat.“²³

6. Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs

Als sich bei den Parlamentswahlen 1991 ein klarer Sieg der islamistischen Front Islamique du Salut (FIS) abzeichnete, unterbrach die Armee die Wahlen, zwang den Präsidenten Chadli Benjedid zum Rücktritt und setzte das „Hohe Staatskomitee“ als höchstes Exekutivorgan ein. Kurz darauf wurde die FIS verboten. Ihre Führer und viele ihrer Sympathisanten wurden verhaftet. Einige flohen in den Untergrund und nahmen den bewaffneten Kampf gegen die algerische Armee auf. Es war der Auftakt zu einem blutigen Bürgerkrieg, der gut ein Jahrzehnt andauerte und 120.000 bis 150.000 Menschenleben forderte.²⁴

Im Bürgerkrieg gehörten Tötung, Folter, Verschleppung und Vergewaltigung zum Alltag, wobei bis heute noch weitgehend ungeklärt bleibt, wer für welche Verbrechen verantwortlich ist. Islamisten, Sicherheitskräfte und vom algerischen Staat ausgerüstete Milizen waren allesamt involviert.

Im Oktober 1992 trat das „Anti-Terror-Gesetz“ in Kraft, das den Sicherheitskräften einen beträchtlichen Handlungsspielraum in ihrem Vorgehen gegen vermeintliche Terroristen zugestand. Auf Grundlage dieses Gesetzes wurden Sondergerichte eingerichtet, die in beschleunigten Verfahren anstelle von „lebenslänglich“ die Todesstrafe und generell das Doppelte des legalen Strafmaßes verhängen durften. Bis November 1994 wurde in 1.127

²³ <http://www.algeria-watch.org/farticle/aa/maolpresse.htm>.

²⁴ Weiss, Walter M. (2007): Die Arabischen Staaten: Geschichte, Politik, Religion, Gesellschaft, Wirtschaft. Heidelberg: Palmyra-Verlag.

Fällen die Todesstrafe verfügt. In 26 Fällen wurde die Strafe auch vollzogen. Insgesamt wurden 6.507 Personen zu Haftstrafen verurteilt. Weiterhin wurde die Höchstdauer der Untersuchungshaft auf zwölf Tage heraufgesetzt. Häufig haben die Gefangenen dabei keinerlei Kontakt zur Außenwelt (Incommunicado-Haft). Zudem wurde das Mindestalter der Strafmündigkeit auf 16 Jahre herabgesetzt.²⁵

Es kam vermehrt zu willkürlichen Verhaftungen; vor allem in der Incommunicado-Haft häuften sich die Fälle von Folter, in Form von Elektroschocks, sexuellem Missbrauch, Verbrennen mit Feuerzeugen, Auspeitschen u.a. mit Plastikschräuchen, Elektrokabeln und Riemen. Auch wurden die Gefangenen kopfüber aufgehängt.

Im April 1995 rüsteten Behörden erstmals willkürlich Bürgermilizen mit Waffen aus. Erst zwei Jahre später unterzeichnete die Regierung einen Erlass, der die Existenz solcher Bürgerwehren legalisierte und die Bedingungen für ihren Einsatz festlegte. In diesem Erlass fanden sich keine Richtlinien für die Auflösung der bereits bestehenden Milizen, noch wird darin zur Wahrung grundsätzlicher Menschenrechte angehalten. Zu diesem Zeitpunkt existierten bereits Tausende Milizen.²⁶

In den Nachrichten hört man abwechselnd von Massakern durch Islamisten oder von Massenhinrichtungen von Islamisten durch die Armee. Den Massakern fielen vor allem Zivilisten zum Opfer.

Im Juli 1998 legte die algerische Regierung, mit drei Jahren Verspätung, dem UN-Menschenrechtsausschuss einen Bericht über die Lage der Menschenrechte und die von ihr eingeleiteten Maßnahmen zur Verwirklichung der Regelungen des Internationalen Pakts über bürgerlich und politische Rechte vor. Der Bericht war lückenhaft und der Ausschuss warf der algerischen Regierung Staatsterrorismus vor.²⁷

Auch verschwanden immer mehr Zivilisten, meistens nach Verhaftungen durch die algerischen Sicherheitskräfte. Amnesty International spricht von 4.000, Human Rights Watch von 7.000 Fällen Verschwundener. Ihr Schicksal ist bis heute weitgehend ungeklärt. Zwar beauftragte Präsident Bouteflika Ende 2003 eine Kommission mit der Aufklärung dieser Fälle, allerdings wurde ihr Bericht nicht veröffentlicht. Der Leiter der Untersuchung, Farouk Ksentini, räumte ein, dass im Zeitraum von 1992 bis 1998

²⁵ <http://www.algeria-watch.org/artikel/ini/ini7.htm>.

²⁶ <http://www.amnesty-algerien.de/Main/Informieren-Chronik>.

²⁷ <http://www.algeria-watch.org/infomap/infom06/awkfint.htm>.

insgesamt 6.146 Menschen in Polizeigewahrsam verschwanden. Der algerische Staat sei aber schuldlos. Eine genauere Untersuchung der Fälle fand nicht statt.²⁸

Im Februar 2006 wurde die „Charta für Frieden und nationale Versöhnung“ erlassen. Sie sah eine Amnestie für inhaftierte und kapitulierende Kämpfer vor, die sich keiner schwerwiegenden Verbrechen wie Bombenattentaten, Vergewaltigungen und Massakern, schuldig gemacht hatten. Die Charta spezifizierte nicht, wie die Verantwortlichen für diese Menschenrechtsverletzungen ausfindig gemacht werden sollen. Deshalb kann, nicht zuletzt auch wegen der Wirren des Bürgerkriegs, davon ausgegangen werden, dass diese Straftaten ebenfalls ungesühnt bleiben.

Dadurch wurde auch die Straflosigkeit der Mitglieder des Sicherheitsapparats und der vom Staat unterhaltenen Milizen verordnet: Handlungen, die diese zur „Rettung der Nation“ getätigt hätten, würden juristisch nicht geahndet. Somit verhindert die Amnestie eine ordnungsgemäße Untersuchung der Fälle der Verschwundenen. Den Angehörigen wurden Entschädigungszahlungen zugestanden, aber nur gegen Vorlage einer Sterbeurkunde.

Zudem muss laut Charta jeder, der die „nationale Tragödie“ dazu nutzt, um dem nationalen oder internationalen Ansehen des algerischen Staates zu schaden, mit hohen Geld- oder Haftstrafen rechnen. Diese Klausel schränkt nicht nur die Meinungsfreiheit erheblich ein, sie lähmt zudem jegliche Aufklärungsbemühungen und verhindert, dass eine Mitschuld der algerischen Behörden auch nur in Betracht gezogen wird.²⁹

7. Atomtests in der Sahara

Die erste französische Atombombe explodierte am 13. Februar 1960 in der Gegend von Reggane in der algerischen Sahara. Codename der Operation war „Blaue Wüstenmaus“. Es folgten drei weitere Atomtests: Am 01. April die „Weiße Wüstenmaus“, am 27. Dezember die „Rote Wüstenmaus“ und am 25. April 1961 schließlich die „Grüne Wüstenmaus“. Die letzte Operation misslang: 195 Soldaten wurden verstrahlt, zwölf von ihnen starben kontaminiert.³⁰ In der Region verkehrten neben den 16.000 bis 20.000 Einwohnern auch regelmäßig Nomaden, die nichtsahnend bei ihrer Durchreise radioaktiven Metallabfall mitnahmen. Auch heute noch ist der Wert der Radioaktivität in einigen Gebieten dieser Region 22-mal höher, als es der internationale Standard vorsieht.

²⁸ <http://www.amnesty-algerien.de/Main/Informieren-Chronik>.

²⁹ <http://www.amnesty-algerien.de/Main/Informieren-Land>.

³⁰ <http://www.temoust.org/cinquantenaire-des-essais,13383>.

Danach verlegten die Franzosen den Standort weiter südlich in die Nähe von Tamanrasset, wo sie insgesamt 14 unterirdische Versuche durchführten.³¹

Als am 01. Mai 1962 „Béryl“ detonierte, bebte der Ort In Ekker im Hoggar. Infolge der enormen Explosion, deren Ausmaß etwa viermal so stark war wie die Bombe von Hiroshima, stürzte ein Berg zusammen, was dazu führte, dass das radioaktive Material in die Atmosphäre gelang. Die Nuklearversuche der Franzosen fanden im Zeitraum von 1960 bis 1968 statt. Die Konsequenzen für die Bewohner dieser Region, vornehmlich Tuareg, sind aber heute noch deutlich spürbar: Diverse Arten von Krebs, chronische Krankheiten, Totgeburten und körperlichen Behinderungen treten hier vermehrt auf.³²

Weder die französischen noch die algerischen Behörden scheinen ernsthaft am Schicksal der Betroffenen interessiert. Frankreich hat im Januar 2010 ein Gesetz erlassen, das eine Entschädigung für die Opfer der Nuklearversuche vorsieht. Allerdings erkennt dieses Gesetz nur 21 Krankheiten als Folge der Atomtests an, die USA erkennen mehr als 45 Krankheiten an. Demzufolge haben Opfer, die an anderen Krankheiten leiden, auch dann kein Anrecht auf eine finanzielle Entschädigung, wenn medizinisch nachgewiesen ist, dass ihre Erkrankung auf die Nukleartest zurückzuführen sind. Es wird den Opfern und deren Angehörigen erschwert, eine Wiedergutmachung überhaupt erst geltend machen zu können. Dabei belastet die Versorgung der Kranken die Angehörigen enorm.

Die algerische Regierung ihrerseits, die gemäß der Verträge von Evian die weiteren Nukleartests nach der Unabhängigkeit 1962 duldete, überlässt die Bewohner der kontaminierten Regionen ihrem Schicksal. So fordert etwa die Selbsthilfeorganisation «Taourirt» eine Aufklärung der Bevölkerung durch die Behörden, da sich viele von ihnen der gegenwärtigen Gefahr gar nicht bewusst seien. So unterliegen die Dossiers über die französischen Nukleartests der militärischen Geheimhaltungspflicht und werden bestenfalls als politisches Druckmittel gegen Frankreich genutzt. Lokale Behörden versuchen zudem, den Journalisten den Zugang zum Ort des Geschehens zu verweigern und verhindern somit jegliche Aufklärungsbemühungen. Grob fahrlässig ist zudem, dass keine epidemiologischen Untersuchungen angestrengt werden. So sind die Mediziner der Region um Ain M'Guel, einem Ort, der hochgradig radioaktiv ist, davon überzeugt, dass das Grundwasser eine Ursache für die diversen Krankheiten ist. Solange keine offiziellen

³¹ <http://www.temoust.org/la-decontamination-des-sites,13291>.

³² http://www.algeria-watch.de/fr/article/pol/france/scandale_essais_nucleaires.htm.

Statistiken vorliegen, können weder Vorkehrungen zu einer möglichen Prävention getroffen, noch die genaue Zahl der Opfer benannt werden.³³

Die algerische Regierung hat in den verseuchten Gebieten vermeintliche Terroristen in Internierungslagern festgehalten und somit ihren Tod in Kauf genommen. So wurde das letzte Lager, das in der hochgradig verseuchten Gegend von Ain M'Guel, erst Ende 1995 geschlossen. Zu dem Zeitpunkt befanden sich mehr als 600 vermeintliche Islamisten dort, die drei Jahre ohne Anklage oder gerichtlichem Verfahren inhaftiert waren.³⁴

8. Forderungen der Gesellschaft für bedrohte Völker an die Regierung Algeriens:

- Stop der Arabisierungspolitik und Anerkennung der kulturellen Identität der Masiren
- Rücknahme der Amnestie, um Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft ziehen zu können
- Veröffentlichung des Berichts der von Präsident Bouteflika einberufenen Kommission über die Verschwundenen
- Unabhängige Untersuchung der Folgen der Atomtests und Unterstützung bei Entschädigungen

³³ http://www.algeria-watch.de/fr/article/pol/france/scandale_essais_nucleaires.htm.

³⁴ <http://www.amnesty-algerien.de/Main/Informieren-Chronik>.